



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/6299

VSHS

Anschrift:

c/o Schulpsychologische Beratungsstelle
Asmussenstr. 19
25813 Husum

E-mail: info@schulpsychologie-sh.de

1. Vorsitzender: Dipl.-Psych. Jörg Lorenzen-Lemke
 2. Vorsitzender: Dipl.-Psych. Kai Henningsen
- Kassenwart: Dipl.-Psych. Carolin Becker
Schriftführer: Dipl.-Psych. Dr. Alexandre Gerwinat

Husum, den 9.3.2026

Entwicklung der Quote der Schülerinnen und Schüler ohne Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss (ESA) in Schleswig-Holstein.
Bericht der Landesregierung (Drucksache 20/3752)

Stellungnahme des VSHS

Der VSHS begrüßt und unterstützt alles, was dazu beitragen kann, jeder Schülerin und jedem Schüler die ihrem Leistungspotenzial und Kompetenzen entsprechenden Schulabschlüsse zukommen zu lassen und die Quote der das System ohne ESA-Abschluss verlassenden SuS insgesamt zu verringern.

Dabei wird seit ca. einem Jahr sehr auf ein datengestütztes, evidenzbasiertes Vorgehen gesetzt („Bessere Bildung 2035“), was im Prinzip nicht verkehrt ist, aber auch nicht zum Selbstzweck verkommen darf.

Insgesamt sind viele im Bericht beschriebene Interventionsmaßnahmen leider sehr begrenzt (zeitlich, regional) und erreichen nur einen eher kleinen Teil der SuS (EVi, SCP, Produktives Lernen, TiP, FiSch, ...).

Weiterhin wird im vorliegenden Bericht entgegen der Maßstäbe der Initiatoren von „Besserer Bildung 2035“ nur der Mindeststandard abgefragt (ESA-Abschluss), aber nicht darüber nachgedacht, wie viele SuS bei entsprechender Förderung ggf. einen „höherwertigen“ Schulabschluss hätten erreichen können. SuS also, die trotz eines höheren Potenzials wg. z.B. psychischer Probleme unter ihren Möglichkeiten bleiben und keinen höheren Schulabschluss erreichen, obwohl sie generell und bei besserer Begleitung dazu wahrscheinlich in der Lage gewesen wären.

Dadurch wird auch die nach unten gerechnete Quote von „nur“ noch 3% der Schülergruppe ohne ESA-Abschluss in Frage gestellt. Es sind viel mehr SuS, die hier „auf der Strecke bleiben“ und bestenfalls über Umwege noch das angestrebte Ziel erreichen (gut ist ja, dass dies prinzipiell

möglich ist; der Anspruch sollte aber (weiter) sein, dass das angestrebte Ziel bereits im Regelschulbereich erreicht wird).

Da ein Teil der SuS wie im Bericht geschildert über die Berufsschule ihre (ESA-)Abschlüsse noch erreichen (können), sollten in diesem Bereich – wie zuletzt gerade geschehen – nicht noch Stellen abgebaut werden bzw. zusammengespart werden. Gerade die SuS, die vorher nicht aufgefangen werden konnten, brauchen - je später die Maßnahmen ansetzen und greifen – eine umso umfangreichere Betreuung.

Viele der zugrundeliegenden Ursachen werden im Bericht zudem nicht benannt oder nur gestreift (Kinderarmut, Kinder psychisch kranker Eltern, psychisch kranke Kinder und Jugendliche, hoher Stresslevel bei Kindern und Jugendlichen, psychosomatische Probleme, fehlende Anlaufstellen wie Psychotherapeut*innen oder Kliniken bzw. extrem hohe Wartezeiten; zu wenig Unterstützung für Familien insg.). Dabei kann das Vorhaben nur gelingen, wenn gleichzeitig an diesen Ursachen verstärkt und nachhaltig gearbeitet wird, was u.E. nicht in ausreichendem Maße geschieht, obwohl es hierzu seit Jahren/Jahrzehnten eine erdrückende Datenlage gibt.

Auffällig ist leider auch, dass die genannten Maßnahmen, wenn es um fachliche Standards geht, relativ konkret sind. Wenn es aber um die Förderung der psychischen Gesundheit von SuS geht, bleibt es eher unkonkret.

Hier kommt u.E. einer der wichtigsten Ansatzpunkte viel zu kurz. Im Bericht wird dann auch von drei Hauptaspekten (Ursachen) gesprochen: Sprachbarrieren, psychischen Probleme (!) und Leistungsverweigerung und extreme Schulunlust. Warum die letzten beiden Gruppen dabei getrennt werden, ist nicht nachvollziehbar, da es hier breite Überschneidungen gibt. Und wenn dann 2/3 dieser SuS zu einer breiteren Gruppe zusammengefasst werden, macht es umso mehr Sinn, genau hier gezielt anzusetzen, z.B. durch Kleingruppenangebote mit multiprofessioneller Unterstützung, die nicht erst ansetzen, wenn es (fast) zu spät ist. Viele dieser SuS sind relativ früh identifizierbar, so dass die Maßnahmen viel früher anlaufen könnten und müssen. Hierzu braucht es natürlich entsprechende personelle und räumliche Ressourcen.

Ebenso sollte – wie es auch der Bericht fordert – für alle SuS durch geeignete präventive Angebote von Anfang an versucht werden, es gar nicht so weit kommen zu lassen. Wenn erst einmal ein kritischer Level überschritten wurde und je älter die SuS sind, desto Ressourcen verbrauchender sind auch die einzuleitenden Maßnahmen (vgl. Response-to-intervention-Ansatz). Bzgl. einer umfassenden Prävention liegen demgegenüber genug Programme vor, die geeignet wären, ein alle Altersgruppen umspannendes Angebot regelmäßig und dauerhaft (d.h. über alle Kita-/Schuljahre hinweg) zu etablieren. Verstärkt müssen – besonders je jünger die SuS sind – auch die Eltern einbezogen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Lorenzen-Lemke
(1. Vorsitzender des VSHS)